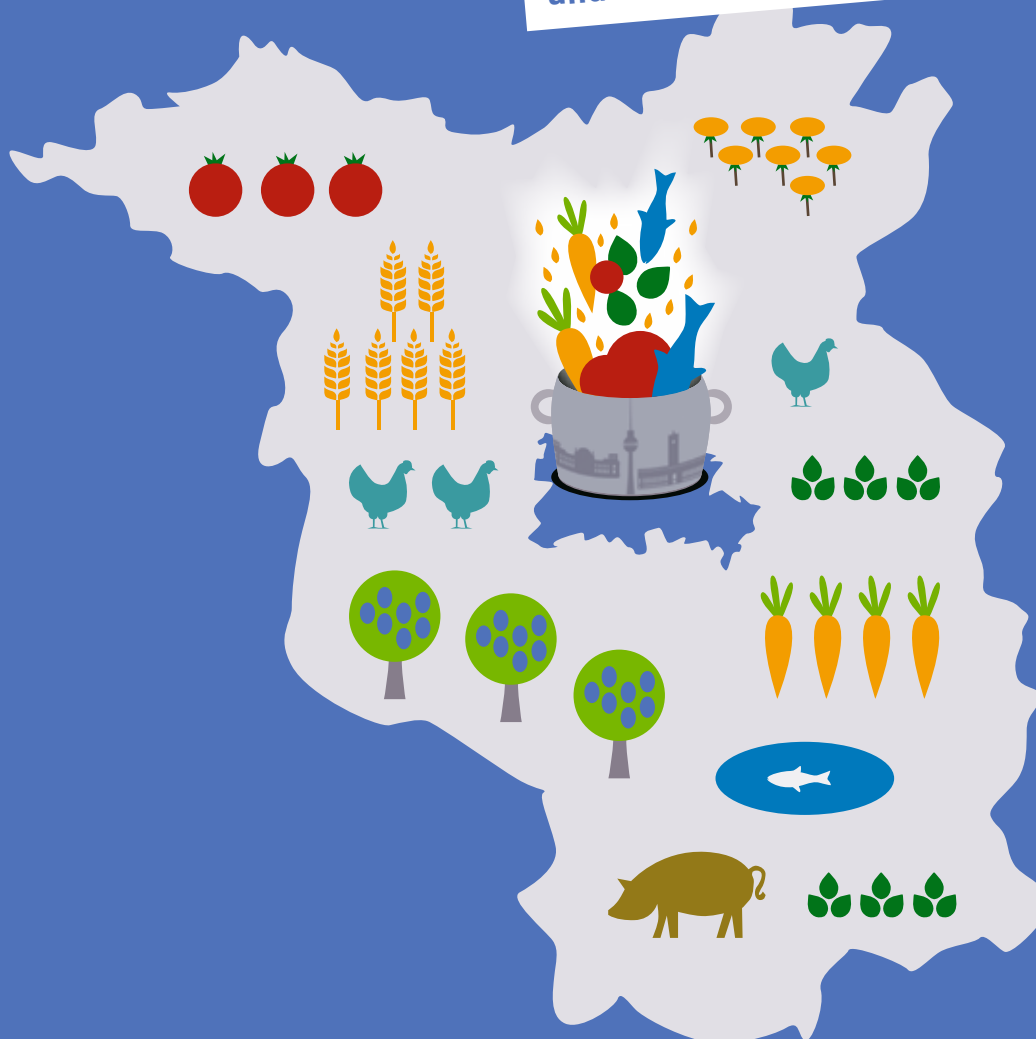


Ernährungsdemokratie für Berlin!

Wie das Ernährungssystem der Stadt demokratisch
und zukunftsfähig relokalisiert werden kann



Der Ernährungsrat Berlin ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich als unabhängige Interessenvertretung ernährungspolitisch engagierter Bürger*innen der Stadt versteht. Der folgende Forderungskatalog richtet sich an die Berliner Senatsverwaltung. Er ist das Ergebnis eines gemeinschaftlichen Arbeitsprozesses (Januar bis Oktober 2017). Beteiligt waren vorrangig die eigens gebildete Schreibwerkstatt, zahlreiche Aktive aus den Arbeitsgemeinschaften sowie der Sprecher*innen-Kreis des Ernährungsrats Berlin. Um die neun Themenfelder passgenau auf Berliner Verhältnisse zuzuschneiden, wurde von Juni bis September 2017 das Feedback einer Reihe von Expert*innen in die Entwurfsfassung des Papiers einbezogen – schriftlich sowie in zwei mehrstündigen Hearings. Die Auswahl der Expert*innen fand ausschließlich aufgrund ihrer fachlichen Expertise statt. Von Ende September bis zum 11. Oktober 2017 konnten zudem von allen im Ernährungsrat Engagierten Änderungsanträge gestellt werden. Der vorliegenden Fassung des Katalogs hat die Vollversammlung am 12. Oktober 2017 mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen zugestimmt.

Redaktion:

Gundula Oertel
Christine Pohl
Henrike Rieken

Mit Textbausteinen, Beiträgen und Feedback beteiligt waren:

Catrin Bechimer, Regine Berges, Katrin Bohn, Charis Braun, Marco Clausen, Daniel Diehl, Alexandra Doernberg, Foodsharing, Michael Frühbis, Anna Galda, Kai Gildhorn, Frederic Goldkorn, Michaela Haack, Lisa Haarhoff, Anna Maria Häring, Benny Haerlin, Susanne Hofmann-Souki, Christian Heymann, Elisa Igersheim, Georg Kaiser, Claudia Kapfer, Timo Kaphengst, Toni Karge, Lea Kliem, Gerald Köhler, Willi Lehnert, Maiko Majewski, Gundula Oertel, Adel Oworu, Christine Pohl, Katharina Rein-Fischböck, André Riedinger, Henrike Rieken, Stefanie Schäfer, Katja Scheel, Ute Scheub, Timo Schmitt, Robert Schultz, Beatrice Walthall, Klaus Walther, Marita Wiggerthale, Stephanie Wunder

Oktober 2017

Unsere Forderungen an den Berliner Senat zur Umsetzung einer Berliner Ernährungsstrategie

Vorwort

Für immer mehr ernährungspolitisch engagierte Berliner*innen ist die Zeit reif für Ernährungspolitik „von unten“! Der Ernährungsrat Berlin entstand aus der Überzeugung vieler Bürger*innen, dass das Ernährungssystem ihrer Stadt demokratisch und zukunftsfähig relokalisiert werden müsse. Wir sind sicher: Die Metropole Berlin hat das nötige Potential, in einem produktiven Dialog zwischen Bürgerschaft und Politik zum ernährungspolitischen Vorbild zu werden. Doch dazu muss sich unser Ernährungssystem – nicht nur in Berlin – grundlegend und umfassend wandeln. In seinem gegenwärtigen Zustand kann es in keiner Hinsicht den Ansprüchen genügen, die man an Zukunftsfähigkeit stellen muss: Es ist weder nachhaltig noch gerecht.

Während die Bevölkerungskonzentration in den Städten immer weiter zunimmt, werden die Folgen unserer industrialisierten und globalisierten Ernährungsweise in Stadt und Land immer deutlicher sichtbar. Die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser und biologische Vielfalt werden ausgebeutet und zerstört. Hohe Treibhausgasemissionen heizen den Klimawandel an. Von den Folgen wie Bodendegradation, Dürren, Wüstenbildung oder Überschwemmungen sind Stadt- und Landbevölkerung sowie Landwirt*innen weltweit betroffen. Am stärksten leiden jedoch Menschen in Ländern des globalen Südens unter klimatischen Veränderungen, welche die Industriestaaten verursachen. Besonders prekär ist dort die Lage ohnehin benachteiligter Produzent*innen und Arbeiter*innen. Sie werden von der Politik ignoriert, durch Großkonzerne von ihrem Ackerland vertrieben und von Märkten verdrängt. Landarbeiter*innen verdienen Hungerlöhne und sind in Plantagen massiv gesundheitsschädlichen Pestiziden ausgesetzt. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich auch hierzulande weiter auseinander. Globale Gerechtigkeit: Fehlanzeige!

Nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Wissenschaft kommen immer mehr Zweifel auf, ob dieses Ernährungssystem mit seinen negativen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt Zukunft hat. So zeigt der von über 500 Wissenschaftler*innen verfasste Weltagrарbericht klar und deutlich, dass die Zukunft der Ernährung in ökologischen Anbaumethoden und der kleinbäuerlichen, regionalen Landwirtschaft liegt. Sie zu stärken ist das aussichtsreichste Mittel, um Hunger und Fehlernährung, aber auch Ressourcenausbeutung und Umweltzerstörung weltweit zu bekämpfen – und dazu hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Dies bedeutet aber auch, dass wir in Deutschland auf regionaler Ebene zukunftsfähige Ernährungsstrategien entwickeln müssen, denn unsere Ernährung ist gegenwärtig von einer global organisierten und industrialisierten Agrarwirtschaft abhängig.

Gleichwohl werden in Deutschland sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Ernährungsstrategien auf regionaler Ebene bisher kaum diskutiert. Weite Teile der Politik behandeln die herkömmliche, vorwiegend auf billige Masse orientierte Nahrungsproduktion, die Erzeugung und Konsum räumlich und zeitlich immer stärker trennt, schlicht als wirtschaftlich alternativlos. Immer mehr bäuerliche Betriebe werden im jetzigen System aus dem Markt gedrängt. Nur noch ein Bruchteil dessen, was Städter hierzulande essen und trinken, stammt aus städtischer Selbstversorgung oder vom nahen Land. Unser Lebensmittelkonsum, der sich weitgehend aus globalen Märkten speist, trägt jedoch nicht nur zu weltweiter Ausbeutung von Ressourcen und Verletzung von Menschenrechten bei. Der Klimawandel und einseitige Abhängigkeiten vom globalen Markt sind auch in den Städten des globalen Nordens inzwischen ein Risiko für die Ernährungssicherheit geworden.

Ernährungsdemokratie für Berlin und Region!

Diese Voraussetzungen prägen heute die Nahrungsversorgung aller deutschen Städte und Gemeinden. Dabei macht Berlin keine Ausnahme. Systematische Ernährungspolitik hat in der Stadt und in den Land-Stadt-Beziehungen zwischen Berlin und Brandenburg derzeit sehr geringen Stellenwert. Doch zweifellos müsste eine Ernährungsstrategie für Berlin, welche die Nahrungsversorgung der Stadt auf eine zukunftsfähige Basis stellen wollte, die konsequente Relokalisierung als Kernstück des wünschenswerten Wandels sehen. Genug Flächen für eine weitgehende regionale Versorgung gäbe es, das hat eine Untersuchung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im letzten Jahr ergeben.

Dass die gegenwärtige Stadternährungspolitik ein weitgehend unbestelltes Feld ist, stellt aber auch eine Chance dar. Denn dies lässt einer Ernährungspolitik „von unten“ den Raum, tatsächlich einen demokratischen Wandel in unserem Ernährungssystem durchzusetzen. Dabei können ernährungspolitische Vorstellungen und Ziele aus der Zivilgesellschaft zur Grundlage eines Transformationsprozesses gemacht werden, den die Politik im direkten Dialog mit den Bürger*innen entwirft und verwirklicht.

Das wäre neu und zukunftsweisend. Denn seit den 1950er Jahren wird Ernährungspolitik vor allem von den Interessen der Agrarindustrie und den ihnen zuarbeitenden Wissenschaftlern bestimmt. Der Schwerpunkt liegt damit lokal und national auf der Steigerung von Hektarerträgen und seit einigen Jahrzehnten auch zunehmender Exportorientierung. Landwirtschaftliche Betriebe werden immer mehr zu Lieferanten billiger Rohstoffe für die industrielle Nahrungsmittel-Produktion degradiert. Alles dreht sich hier um Effizienz,

Massenproduktion und Kostenvorteile – es wird für globale Märkte produziert, nicht für Menschen in der Region.

Wo der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik immer mehr Gewicht erhält als das Interesse der Allgemeinheit an gesunden Böden, Tieren und Menschen sowie unbelasteter Qualitätsnahrung, kann sich zukunftsfähige und gerechte Ernährungspolitik nicht durchsetzen. Genau das ist aber der Anspruch, den der Ernährungsrat Berlin jetzt an die Senatsverwaltung von Berlin stellt: Dass sie – nicht zuletzt mit Hilfe unserer hier erklärten Forderungen – dafür sorgt, dass wir Berliner*innen die Kontrolle über unser urbanes Ernährungssystem zurückgewinnen können. Lebensmittel sind keine x-beliebige Ware. Ihre Erzeugung und die Teilhabe an ihrem Konsum dürfen nicht allein wirtschaftlichen Zielen dienen! Das Recht auf Nahrung ist ein verbrieftes Menschenrecht. Und nur ein zukunftsfähiges, demokratisch bestimmtes Ernährungssystem kann diesem Recht den ihm gebührenden Vorrang einräumen!

Umfassende Transformation in allen Politikbereichen

Berlin hat 2015 den Milan Urban Food Policy Pact unterzeichnet und sich damit formal zu einer ganzen Reihe ernährungspolitischer Neuerungen verpflichtet. Diese Verpflichtungen in Gestalt eines zukunftsfähigen Berliner Ernährungssystems zu verwirklichen, erfordert aus Sicht des Ernährungsrats Berlin einen systematischen Transformationsprozess, der auf einer integrativen politischen Strategie basiert.

Denn eine echte Transformation des Ernährungssystems lässt sich nicht mit minimalen Veränderungen z. B. bei der Biolandbauförderung oder beim Anteil von Bioessen in Kitas und Schulen erreichen. Jeder dieser

Reformansätze würde vom Gesamtsystem schnell und nahtlos integriert, während sich an der grundsätzlichen Problemstellung wenig ändert. Nur eine koordinierte Politik, die Änderungen in allen verbundenen Systemkomponenten veranlasst, kann zu einer nachhaltigen Ernährungswende führen!

Der Einfluss, den verschiedenste Politikbereiche darauf haben, wie wir Lebensmittel produzieren und wie unser Konsum- und Ernährungsstil aussieht, ist offensichtlich. Das reicht von Haushaltsentscheidungen über Wirtschaftsförderung bis zur Stadtplanung, von Ernährungsbildung bis zum Schulesen, von der Handels- und Agrarpolitik bis zur Sozialpolitik. Alle diese Entscheidungsbereiche liegen in der Hand einzelner Verwaltungsebenen und verschiedener Ressorts. Der nötige Wandel wird nur gelingen, wenn er über mehrere Jahre geplante Anpassungsschritte an neue Rahmenbedingungen für alle vorsieht: mit klar vorgezeichneten Zeithorizonten und einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit aller politisch Verantwortlichen, die dabei eine gemeinsame Vision verwirklichen wollen. Es muss von Anfang an klar sein, dass dies nur im Rahmen einer sorgfältig geplanten und sektoral integrativen Ernährungsstrategie denkbar und machbar ist!

Berlins Rolle in der Bundes- und EU-Politik

Längst nicht alles kann auf kommunaler Ebene beeinflusst werden. Eine zukunftsfähige Ernährungsstrategie müsste Antwort geben auf die Frage, wie von der billigen Massenproduktion von Lebensmitteln wegzukommen wäre, während gleichzeitig der wohnortnahe Zugang zu nachhaltig produzierten und kulturell angepassten Lebensmitteln von Einkommen, Bildung, Geschlecht, Hautfarbe, kulturellem Hintergrund oder Religion unabhängig gemacht werden könnte. Oder

wie man Bauern und Bäuerinnen – hier und anderswo – faire Preise für ihre Produkte und langfristige Einkommensperspektiven garantieren kann, so dass zusätzliche Umwelt- und Tierschutzaufgaben nicht mehr als existenzielle Bedrohung erscheinen müssen. Wie weitere Konzentrationsprozesse von Agrar- und Ernährungskonzernen sowie Supermarktketten verhindert werden können; wie Saatgutgesetze so gestaltet werden können, dass vielfältiges Saatgut allen Bürger*innen als Gemeingut zur Verfügung steht; und wie die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Boden begrenzt werden kann. Und nicht zuletzt auch, wie Geschlechtergerechtigkeit in einem transformierten Ernährungssystem zu verwirklichen wäre!

Antworten auf diese Fragen lassen sich nicht allein in Berlin finden. Doch diese Streuung von Verantwortlichkeiten kann auch als Chance verstanden werden, zu experimentieren, lokale Erfolge zum Modell werden zu lassen und sich auf höheren Politikebenen für Veränderung stark zu machen. Gleichzeitig ist klar, dass eine zukunftsfähige Ernährungsstrategie auf lange Sicht nur erfolgreich sein kann, wenn sie Teil einer zukunftsfähig erneuerten nationalen und europäischen Ernährungspolitik wird, wofür Berlin mit Brandenburg zusammenarbeiten und entsprechend auf den Bund einwirken muss!

Los geht's: Fangen wir an, unser Ernährungssystem zukunftsfähig zu machen!

Im Folgenden haben wir neun Politikbereiche skizziert, in denen Berlin Maßnahmen ergreifen soll, um ein zukunftsfähiges Ernährungssystem aktiv zu gestalten. Dabei fußt der Katalog von Forderungen auf den zur Gründung des Ernährungsrats Berlin vorgelegten Leitideen und Zielen. Grundsätzlich lassen wir uns dabei vom politischen Konzept der Ernährungssouveränität leiten, das das Menschenrecht auf Nahrung in den Mittelpunkt stellt.

„Ernährungssouveränität bedeutet das Recht von Individuen, Gemeinschaften, Völkern und Staaten, ihre eigene Landwirtschafts-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Bodenpolitik zu bestimmen, unter Berücksichtigung ihrer jeweils spezifischen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Das Konzept beinhaltet sowohl das Recht auf Nahrung wie auch das Recht, Nahrungsmittel zu produzieren. Das Recht auf Nahrung garantiert allen Menschen den Zugang zu sicheren, nahrhaften und kulturell angepassten Lebensmitteln sowie den Zugang zu den notwendigen Ressourcen, um Nahrungsmittel zu produzieren und sich und ihre Gesellschaften erhalten zu können.“

(International Planning Committee on Food Sovereignty 2004)

Als konkrete Utopie bestimmt das hier definierte Konzept der Ernährungssouveränität die Richtung, in der unser Ziel liegt. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert der Ernährungsrat Berlin den Berliner Senat dazu auf, im Dialog mit Berliner*innen und Brandenburger*innen eine Ernährungsstrategie für Berlin zu entwerfen, die mindestens die nachfolgenden Themen und Maßnahmen beinhaltet. Zentral ist dabei, dass die Verantwortung für eine zukunftsfähige Ernährungsweise nicht auf Akteure wie Lebensmittelproduzent*innen und Konsument*innen abgewälzt werden darf – vielmehr ist es Aufgabe der Politik, für die Rahmenbedingungen zu sorgen, die ein zukunftsfähiges Ernährungssystem ermöglichen.

Inhalt

- 1. Der Stadt schmeckt's vom nahen Land:** 8
Regionale Bio-Erzeugung fördern!
- 2. Entfaltungsräume schaffen:** 10
Regionale Weiterverarbeitung, Logistik und Lagerung aufbauen!
- 3. Kein Einheitsbrei:** 12
Vielfältige Versorgungsstrukturen fördern und entwickeln!
- 4. Verschwenden beenden!** 14
Lebensmittel restlos verwerten, Verpackung sparen!
- 5. Die Essbare Stadt Berlin schaffen!** 16
- 6. Eat, Drink, Think!** 18
Innovationscampus Ernährungswende für ein zukunftsfähiges Berliner Ernährungssystem!
- 7. Leuchtturm Berlin:** 20
Städtische Gemeinschaftsverpflegung als Vorbild für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem!
- 8. Bildung für Kopf und Bauch:** 22
Ernährungspraktisches Lernen für alle vom Acker bis zum Teller!
- 9. Besser abschmecken:** 24
Koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bezirken, Senat und Umland gemeinsam mit den Bürger*innen!



1. DER STADT SCHMECKT'S VOM NAHEN LAND: Regionale Bio-Erzeugung fördern!

Wo stehen wir? Die Länder Berlin und Brandenburg arbeiten bei der Agrarpolitik auf der Grundlage eines gemeinsamen Staatsvertrages zusammen. Doch die Gestaltungsmöglichkeiten Berlins sind begrenzt, weil das Land Berlin seine Zuständigkeit für die Landwirtschaft größtenteils an die brandenburgische Landwirtschaftsverwaltung abgegeben hat. Die Umsetzung der EU-Agrarpolitik, das Erneuerbare Energien-Gesetz und eine verfehlte Bewilligungspolitik haben in Brandenburg zu einer Fokussierung auf Großviehanlagen und Bioenergie geführt. Das hat zur Folge, dass die Nachfrage nach regionalen, nachhaltig erzeugten Lebensmitteln kaum nennenswert aus der Region gedeckt werden kann.

Wo wollen wir hin? Zukunftsfähige ökologische Landwirtschaft in und um Berlin ist die Basis für eine zukunftsfähige Nahversorgung der Stadt. Berlin und Brandenburg setzen sich gemeinsam für die Stärkung und den Ausbau (auch klein)bäuerlicher und ökologischer Agrarstrukturen in der Region ein, um eine bedarfsgerechte, natur- und sozialverträgliche sowie qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Wo nötig setzen sich beide Länder auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, regionale Weichen zu stellen. Für Brandenburger Bauern und Bäuerinnen und für Verarbeiter*innen ist die Umstellung auf Bio-Produktion risikoarm, da sie sich in verschiedenste, gut etablierte regionale Wertschöpfungskreisläufe integrieren können und ihnen auch in der Umstellungszeit verlässliche Einkommen garantiert sind.

Unsere dringlichsten Forderungen:

- 1a Mehr junges Gemüse:** Ausbau des Ökolandbaus und Förderung von Junglandwirt*innen und Umsteller*innen! Berlin und Brandenburg müssen gemeinsam einen langfristig angelegten und verlässlichen Förderrahmen zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft sicherstellen. Dazu gehören vor allem die gezielte finanzielle Unterstützung und Beratung von regionalen Landwirt*innen in der Umstellungszeit, geeignete Förderprogramme für Junglandwirt*innen (z. B. durch eine ausreichende Junglandwirt*innen-Prämie, günstige Kredite über die Landesbanken und ggfs. staatliche Darlehen) und für Existenzgründer*innen inkl. Neu-/Quereinsteiger*innen (z. B. durch einen staatlichen Existenzgründungs-Fonds). Nur so wird zugleich der überall anstehende Generationswechsel in der ökologischen Landwirtschaft gelingen.
- 1b Boden unter den Füßen:** Zugang zu Land, transparent, nachhaltig und fair! Um jungen Menschen eine Zukunft auf dem Land zu ermöglichen und vielfältige landwirtschaftliche Strukturen zu fördern, muss ihnen der Zugang zu Agrarflächen deutlich erleichtert werden und vor allem unter fairen Bedingungen erfolgen. Landverkäufe und Neuverpachtungen agrarisch genutzter Flächen, inklusive die der Berliner Stadtgüter, müssen daher an transparente Kriterien gebunden sein, die gezielt die natur- und sozialverträgliche, standortangepasste sowie bäuerliche Landwirtschaft fördern. Zudem muss Berlin sich dafür einsetzen, dass auch der Verkauf von Agrarflächen durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft des Bundes (BVVG) konsequent an diese Kriterien geknüpft wird. Zur Verbesserung des Zugangs zu Agrarflächen sollen die Länder Berlin und Brandenburg einen Flächenpool bereitstellen, der in der Region verankerte bzw. sich dort niederlassende Landwirt*innen und Junglandwirt*innen gezielt unterstützt.
- 1c Zusammen mit Brandenburg:** Butter bei die Fische! Berlin muss mehr Gestaltungskompetenz auf Landesebene (ggf. über eine Neuverhandlung entsprechender Punkte des vorhandenen Staatsvertrags) beanspruchen und die eigene Stimme auf Bundesebene im Agrarministerrat selbstbewusst nutzen. Dabei soll Berlin auch dafür sorgen, dass alle vorhandenen Gestaltungsspielräume bei der Vergabe von EU-Agrarsubventionen genutzt werden, um regionale, ökologische Erzeugung und Diversifizierung zu fördern, anstelle von Monokulturen, Überproduktion und Bodenausbeutung!





2. ENFALTUNGSRÄUME SCHAFFEN: Regionale Weiterverarbeitung, Logistik und Lagerung aufbauen!

Wo stehen wir? In der Region Berlin-Brandenburg haben regionale Wertschöpfungskreisläufe für ökologische Lebensmittel enormes Potenzial: Bio UND Regionalität sind gefragter denn je! Doch obwohl Berlin den größten Bio-Markt Europas darstellt, ist die regionale Produktions- und Verarbeitungskapazität nicht ausreichend, um die Nachfrage zu bedienen. Insgesamt kommen nur rund 15 Prozent der Bio-Lebensmittel, die im Berliner Bio-Fachhandel angeboten werden, aus Berlin/Brandenburg, immerhin doppelt so viel wie im konventionellen Bereich. Viele Rohstoffe aus Brandenburg werden außerhalb der Region verarbeitet und gelangen als fertige Produkte zurück in die Berliner Läden. Dadurch geht Wertschöpfung für die Region verloren, zudem entstehen beim Transport vermeidbare Klimagasen. Bisher fehlen effiziente Lösungen für regionale Logistik, Lagerung und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln, insbesondere für Frischprodukte (z.B. Gemüse und Fleisch), die in verhältnismäßig geringen Mengen aus kleinstrukturierten, bäuerlichen Betrieben stammen. Transporte aus Brandenburg nach Berlin lassen sich aktuell nur schwer und zu hohen Kosten organisieren. So bleibt den Kund*innen die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln größtenteils verwehrt.

Wo wollen wir hin? Regionale Lebensmittelversorgung erfordert funktionierende Wertschöpfungskreisläufe und Infrastrukturen (u.a. Verkehr, Internet). In unserer Vision wird Berlin überwiegend durch bäuerliche Betriebe und Verarbeiter*innen aus der Region mit lokal erzeugten Bio-Lebensmitteln versorgt. Für Logistik und Weiterverarbeitung gibt es effiziente und ökologisch sinnvolle regionale Lösungen mit passender Technologie – auch für kleine Erzeuger*innen und Händler*innen. Die Bereitstellung von Entfaltungsräumen für das urbane Ernährungssystem, physisch wie partizipativ, ist ein wichtiges Thema in der Stadt- und Quartiersplanung, so dass lokalen Infrastrukturen Vorrang gegenüber globalen Handels- und Verarbeitungsstrukturen eingeräumt wird.

Unsere dringlichsten Forderungen:

2a **Konsequent regionale Wertschöpfungskreisläufe unterstützen:**

Der Berliner Senat muss den Aufbau konsequent regionaler Wertschöpfungskreisläufe von Lebensmitteln unterstützen – auch für kleine Unternehmen. Regelmäßige Erfassung und Veröffentlichung von Marktdaten (Struktur- und Produktionsdaten) sollen dabei den Entwicklungsstand, sowie Defizite und Potenziale regionaler Nahversorgungsstrukturen sichtbar machen. Auf dieser Basis müssen gemeinsam mit Brandenburg langfristige und verlässliche Programme für den Ausbau regionaler Logistik- und Weiterverarbeitungsstrukturen entwickelt werden. Das existierende Brandenburger Cluster Ernährungswirtschaft, das die Plattform für alle Akteure der Ernährungswirtschaft Brandenburgs ist, muss auf ein gemeinsames Cluster für Berlin und Brandenburg ausgeweitet werden und einen gemeinsamen Masterplan erstellen.

2b **Innovationen in regionalen Wertschöpfungskreisläufen fördern:**

Innovative Konzepte für den Aufbau regionaler Wertschöpfungskreisläufe müssen in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Akteursgruppen (potentielle Nutzer*innen) entstehen. Unterstützung soll außerdem über eine Prozessbegleitung in Form von Beratungs- und Vernetzungsangeboten sowie transdisziplinäre Forschung geleistet werden. Die Förderung innovativer, umweltfreundlicher Logistiksysteme (inkl. digitaler Infrastruktur) ist für eine zukunftsfähige Lebensmittelversorgung in der Stadt unabdingbar.

2c **Raum für Weiterverarbeitung, Logistik und Lagerung:**

Genau wie die Erzeugung von Lebensmitteln braucht die Weiterverarbeitung, Logistik und Lagerung Flächen und Räume. Auch hierfür muss ein Pool geeigneter Flächen und Räume – vorrangig öffentlicher Liegenschaften – geschaffen werden, die Initiativen, Projekten und handwerklichen Betrieben zur Verfügung gestellt werden können.





@ Markthalle Neun

3. KEIN EINHEITSBREI: Vielfältige Versorgungsstrukturen fördern und entwickeln!

Wo stehen wir? Mit dem gegenwärtigen Bestand an kleinen Kiezläden und inhabergeführten Geschäften waren die Versorgungsstrukturen in Berlin bisher noch vielfältiger als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Dennoch ist auch Berlin stark von großen einheitlichen Strukturen und hohen Marktanteilen weniger großer Supermarktketten geprägt. Die gleichwohl stetig wachsende und innovative Berliner Food-Startup Szene hat nicht zuletzt deshalb mit hohen Hürden zu kämpfen. Etwa, weil kleine Läden vom Großhandel und großen Herstellern oft nachrangig und damit unzuverlässig beliefert werden. Vielfältige, kleinteilige Versorgungsstrukturen mit direkten Kontakten zu regionalen Lieferanten haben es in Berlin schwer, nennenswerte Marktanteile zu erzielen. Gleichzeitig konkurrieren die Produkte der meisten Food-Startups in einem unfairen Preiskampf mit Billiganbietern, die Kostenvorteile zu Lasten der Allgemeinheit für sich nutzen. Zudem ist ihre höhere Produktqualität auch nur für finanziell gut Gestellte erschwinglich.

Wo wollen wir hin? Ernährung ist ein zentraler und wichtiger Bestandteil der Berliner Stadtentwicklung und Quartiersplanung. Da das Angebot den Konsum maßgeblich mitbestimmt, liegt in einem vielfältigen Angebot in alternativen Strukturen ein Schlüssel zur systematischen Veränderung. In unserer Vision gibt es ein Gleichgewicht zwischen unterschiedlich großen und kleinen, kiezbezogenen Akteur*innen im direkten Austausch mit den Verbraucher*innen. Es gibt vielfältige, individuell geprägte Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten statt der industriell standardisierten Produktpalette großer Supermarktketten. Das vielseitige Angebot in Gastronomie und öffentlichen Einrichtungen spiegelt die regionale Lebensmittelvielfalt ebenso wider wie Berlins vielfältige Esskulturen und Ernährungsvorlieben. Die Versorgungswege sind kurz und die Wertschöpfung der Lebensmittelherstellung wird überwiegend in der Region Berlin-Brandenburg erzielt.

Unsere dringlichsten Forderungen:

3a **LebensMittelPunkte als Orte der Vielfalt:**

Zahlreiche Akteur*innen sind bereits dabei, vielfältige Versorgungsstrukturen für qualitätvolle Lebensmittel aufzubauen. Innovative Küchen und Gärten, regionale Vermarktungsinitiativen und Markthallen, Verteilnetze für Solidarische Landwirtschaft oder überschüssige Lebensmittel sowie Initiativen zur kulinarischen Resteverwertung. Alle diese Ansätze gilt es zu unterstützen: Sie brauchen freien Raum für ihre Aktivitäten – für die Weiterverarbeitung und das Verfügbarmachen von Lebensmitteln, aber auch für Begegnung, Austausch, gemeinsames Kochen und Experimentieren. In allen Bezirken sollen „LebensMittelPunkte“ geschaffen werden (für alle offen zugängliche Orte, an denen Lebensmittel sowohl von privaten Akteuren als auch von kleinen Unternehmen gelagert, weiterverarbeitet, gehandelt oder gemeinsam verarbeitet werden können), z. B. durch die weitere Revitalisierung alter Markthallenstandorte oder ihren Neubau, in öffentlichen Einrichtungen, in Volkshochschulen u. a. m.

3b Innovatoren fördern: Startups, die innovative Versorgungsmodelle voranbringen, brauchen wirksame Unterstützung, z. B. durch ein eigenes Wirtschaftsförderprogramm, Zugang zu günstigen Krediten und vergünstigte Steuermodelle (siehe Punkt 6). Hier lassen sich kurzfristig Wirkungen erzielen, da existierende Dynamiken unterstützt werden. Darüber hinaus gilt es, im Einzelhandel, in der Gastronomie und der Gemeinschaftsverpflegung innovative Konzepte für die Nahversorgung zu entwickeln und neue Handelsstrukturen mit innovativen Business-to-Business Lösungen zu etablieren (z. B. über eine Erzeuger-Händler-Plattform, die das Angebot kleiner regionaler Erzeuger für den Handel sichtbar macht und neue Geschäftsbeziehungen ermöglicht). Diese Strukturentwicklung soll kurzfristig über Förderprogramme unterstützt und zugleich langfristig angelegt werden.

3c **Flächennutzungs- und Einzelhandelsplanung anpassen:**

Ebenso soll der Senat darauf hinwirken, dass Verträge für Wochenmarktbetreiber auf öffentlichen Flächen soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien (u. a. eine Vorgabe für einen Mindestanteil an regionalen „Null-Kilometer“-Ständen) enthalten bzw. Verhandlungen anhand dieser Kriterien geführt werden. Strukturelle Veränderungen sind auch über die (Nicht-)Genehmigung von Einzelhandelsfläche (weniger Flächenanteil für große Supermarktketten, kleinere Lebensmitteleinzelhandelsflächen und Vergabe an kleine Händler) möglich und potentiell sehr wirkungsmächtig – hier ist mittelfristig gemeinsames Handeln mit den Bezirken notwendig.

3d **Aktionsplan: lebendige Esskultur für alle!**

Langfristig sollte ein Aktionsplan zur Gestaltung einer lebendigen Esskultur in den zwölf Berliner Bezirken entwickelt werden. Er soll den wohnortnahen Zugang zu nachhaltig produzierten, qualitätvollen und kulturell angepassten Lebensmitteln unabhängig von Einkommen, Bildung, Geschlecht, Hautfarbe, kulturellem Hintergrund oder Religion machen. Dieser Aktionsplan muss in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit allen Bevölkerungsgruppen erarbeitet und ausprobiert werden. Dabei ist insbesondere auf die Beteiligung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu achten. Er muss Wissens- und Informationslücken bewältigen und den Bedarf dieser Gruppen differenziert erkunden. Vor allem aber muss er dafür sorgen, dass finanzielle Hürden für eine gerechte Teilhabe am Ernährungssystem abgebaut werden und der oft nicht wohnortnahe Zugang zu qualitätvollen lokalen Versorgungsangeboten stark verbessert wird (z. B. für weniger mobile Bevölkerungsgruppen insbesondere in unterversorgten Kiezen).



@SpeiseGut

4. VERSCHWENDEN BEENDEN! Lebensmittel restlos verwerten, Verpackung sparen!

Wo stehen wir? Nach Zahlen des WWF landen in Deutschland jährlich rund 18 Millionen Tonnen verwertbare Nahrung auf dem Müll. Berlins Anteil daran ist nicht explizit bekannt, dürfte aber von den landesweit durchschnittlichen 83 Kilogramm pro Kopf kaum abweichen. Die Politik fokussiert vorrangig auf die Verantwortung der Privathaushalte und führt 60 Prozent des anfallenden Lebensmittelmülls auf diese zurück, nimmt aber den Handel wenig in die Pflicht und klammert bei der Erfassung die Verluste in der landwirtschaftlichen Erzeugung ganz aus. Der WWF sieht Konsument*innen mit höchstens 40 Prozent an der Verschwendung beteiligt, während 60 Prozent der Verluste bereits bei den Erzeuger*innen, im Handel und in der Gastronomie entstünden. Verantwortlich dafür sind Marktmechanismen wie offizielle und inoffizielle Handelsnormen, zu lange Transportwege, irreführende Haltbarkeitsangaben und anderes mehr. Auch auf Konsument*innenseite spielen mangelnde Wertschätzung und gedankenlose Wegwerfmentalität eine Rolle. Neben dem ungenutzten Nährwert bedeuten Lebensmittel im Müll weitere Ressourcenverschwendung bei Boden, Wasser, Energie, Saatgut, Tieren und Arbeitskraft, lokal wie global. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Verpackungsmaterial in Deutschland hoch wie nie zuvor.

Wo wollen wir hin? Berlin gehört zu den ersten Städten, die die globale Zielsetzung der UN für nachhaltige Entwicklung hinsichtlich Lebensmittelverschwendung umgesetzt haben. Die Verschwendung von Lebensmitteln gehört in Berlin in allen Bereichen des Wertschöpfungskreislaufs – und bei allen Akteur*innen vom Acker bis zum Teller – der Vergangenheit an. Was nicht regulär oder reduziert verkauft werden kann, wird kostenlos verteilt. Letzte Reste werden in den Kreislauf zurückgeführt. Verpackungsmüll wird weitgehend vermieden. Privathaushalte kehren zu früherer Wertschätzung kostbarer Lebensmittel zurück. Dazu gehört planvolles Einkaufen mit maßvoller Bevorratung, bedarfsgerechtes Portionieren, möglichst viel unverpackte, regionale, frisch zubereitete Kost, ein neuer Begriff von Qualität, der selbstverständlich auch natürlich gewachsene Früchte einschließt und gute Kenntnisse über Lagerfähigkeit und Haltbarmachen von Lebensmitteln. Konsument*innen erwarten am Abend keine vollen Regale mehr und teilen oder verschenken Essen, statt es wegzwerfen.

Unsere dringlichsten Forderungen:

4a **Verschwendung darf sich nicht rechnen!**

Lebensmittel im Müll müssen so teuer werden, dass effiziente Planung und sparsamer Umgang mit Ressourcen für Unternehmen die deutlich kostengünstigere Option sind. Dies kann mit entsprechend erhöhten Abfallgebühren und mit verpflichtenden Regelungen sowie steuerlichen Anreizen zur preisreduzierten oder kostenlosen Abgabe von Waren erreicht werden, wie sie z. B. Frankreich und Italien bereits eingeführt haben. Gemeinsam mit Vertreter*innen aus der Landwirtschaft, Lebensmittelproduzent*innen, Lebensmittelhändler*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen Verschwendungsursachen auf allen Ebenen mit einer einheitlichen Methodik erfasst und sichtbar gemacht werden. Lösungen sollen anschließend mit unabhängiger wissenschaftlicher Begleitung entwickelt werden.

4b Außer Haus Lebensmittel retten! Beratungsangebote für Gastronomie und Catering sollten für eine möglichst restlose Verwertung von Lebensmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung sorgen (z. B. durch das Anbieten unterschiedlicher Portionsgrößen). Konzepte, die Reste aus Gastronomie und Catering (z. B. Buffet-Reste) weiterzuverkaufen oder kostenlos zu verteilen, sollen gefördert und keinesfalls durch zu eng bürokratisch ausgelegte Hygiene-Vorschriften behindert werden. Die städtische Gemeinschaftsverpflegung muss als Vorbild dafür dienen, wie einwandfreie, aber anders nicht verwertbare Reste gemeinnützigen Initiativen oder Einzelpersonen aus „Fair-Teiler“-Kühlschränken zugute kommen können. Dazu sollen Bewerber*innen in öffentlichen Ausschreibungen verpflichtet werden, mit jeder Leistungsbeschreibung auch ihr Konzept zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung vorzulegen.

4c Überschüsse intelligent verteilen: Die Lebensmittelpunkte auf Bezirksebene (vgl. Punkt 3) sollen auch als Orte dienen, an denen überschüssige Lebensmittel abgegeben, verarbeitet und gegessen werden können. An diesen Orten sollen nicht nur öffentlich finanzierte „Fair-Teiler“ aufgestellt werden. Diese dürfen nicht mit kommerziellen Lebensmittelunternehmen gleichgesetzt und für diese geltenden Auflagen unterworfen werden. In den Lebensmittelpunkten ist auch Platz für Bezirksküchen, in denen gerettete Lebensmittel gemeinsam zubereitet und verzehrt werden. Initiativen und Unternehmen, die überschüssige Lebensmittel verwerten und weiterverteilen, sollen durch Förderprogramme stärker unterstützt werden.

4d Packen wir's an: Verpackung nur noch in alternativlosen Fällen! Das Ziel, Einzelhandel und Gastronomie verpackungsarm zu machen, soll durch ein proaktives Beratungs- und Unterstützungsangebot erreicht werden. Erste innovative Einzelhandelskonzepte und Gastronomie-Angebote in Berlin (z. B. Unverpackt-Konzepte, Low Waste Cafés), die Verpackungsmüll vermeiden, können dabei als exemplarischer Ausgangspunkt dienen. Solche Angebote sollen gefördert und ihre Erfahrungen weiter verbreitet werden (z. B. über einen Leitfaden, wie ihn die Gemeinschaftsgarteninitiative Himmelbeet für das verpackungsarme Café entworfen hat). In der System-Gastronomie sollen vor allem Lösungen zum weitgehenden Ersatz von Wegwerfbechern durch Mehrwegbecher- und Pfandbecher-Systeme weiter unterstützt und ausgebaut werden.





5. DIE ESSBARE STADT BERLIN SCHAFFEN!

Wo stehen wir? Berlin hat nur wenig Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen. Im Stadtraum gibt es jedoch viele Grün- und Brachflächen, die prinzipiell für den Anbau von Nahrungsmitteln geeignet sind. Allerdings werden die zur Verfügung stehenden Flächen zunehmend versiegelt und bebaut, denn Ernährung aus eigenen städtischen Quellen wird bislang kaum als Thema für die Stadt angesehen. Urbane Gärten geraten gegenüber Flächennutzungen, die auf dem Liegenschafts- und Immobilienmarkt höhere Marktpreise erzielen können (z. B. Wohn- und Gewerbenutzungen) in Planungs- und Entwicklungsprozessen häufig ins Hintertreffen und sind von Verdrängung bedroht. Die städtischen Entwicklungsstrategien sind unentschieden: In der Stadtentwicklungsstrategie 2030 kommt das Themenfeld Ernährung gar nicht vor, in der Strategie Stadtlandschaft (2050) wird „produktivem Grün“ dagegen ein hoher Stellenwert beigemessen. Innovative Ansätze zur Produktion von Lebensmitteln in der Stadt (aber auch zu Verarbeitung, Lagerung, Transport, Vertrieb und Kompostierung der Abfälle) werden aktuell durch geteilte Verantwortlichkeiten und mangelnde Kommunikation zwischen den entsprechenden Ressorts und Verwaltungsebenen behindert. Das Potenzial der Essbaren Stadt für einen attraktiven städtischen Lebensraum wird weitläufig verkannt. Zwar gibt es inzwischen einige Konzepte für „Essbare Bezirke“, die konsequente Umsetzung einer Essbaren Stadt auf allen Ebenen steht jedoch noch aus.

Wo wollen wir hin? Berlin als „Essbare Stadt“ fördert auf politischer und administrativer Ebene die Nutzung aller relevanten Anbauflächen: vertikaler und horizontaler, öffentlicher und privater. Leitbild ist dabei sowohl eine Ausweitung der marktfernen Essbaren Stadt (vermehrter Anbau essbarer Pflanzen auf offen zugänglichen Flächen zum Selbsternten wie z. B. in Andernach am Rhein und Todmorden in Großbritannien) als auch eine Förderung der Lebensmittelproduktion und -vermarktung innerhalb der Stadtgrenzen (in Gärten und auf landwirtschaftlich genutzten Flächen). Die Essbare Stadt is(s)t auch sozial: Vielfältige soziale Konstellationen und brennende Themen wie Vereinzelung, Migration, Inklusion, Bildung für zukunftsfähige Entwicklung und soziale Kohäsion werden in das Konzept der Essbaren Stadt einbezogen. Die Bürger*innen erleben die Produktion von Nahrungsmitteln wieder hautnah, können auf verschiedenste Weise daran teilhaben und im wahrsten Sinne des Wortes Früchte ihres Engagements ernten.

Unsere dringlichsten Forderungen:

- 5a Flächen für's Essen:** Ein Flächenpool potenzieller Anbauflächen (z. B. Grün-, Brach- und Dachflächen) soll zusammengestellt werden, welche schnell und unbürokratisch mit Vorrang für die Lebensmittelherzeugung vergeben werden können. Ebenso sollen Flächen identifiziert werden, die für Weiterverarbeitung, Lagerung und den Handel von Lebensmitteln genutzt werden können. „LebensMittelPunkte“ (vgl. Punkt 3) sollen auch zur unbürokratisch ermöglichten Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln dienen, die auf innerstädtischen Flächen produziert wurden. Dies soll sowohl für professionell arbeitende lokale Erzeuger*innen als auch für Produkte aus urbanen Gärten oder Kleingärten gelten. Für privat produzierte Lebensmittel müssen – ggf. auch auf Bundesebene – Lösungen gesucht werden, die die Weiterverteilung (z. B. Handel oder Tausch) ermöglichen.
- 5b Sieht auch noch schön aus: Nutzpflanzen sind eine Zierde!** Zu einer Essbaren Stadt gehört auch, dass bei der Bepflanzung von Grünanlagen – sowohl öffentlicher Parks als auch der Wohnbebauung in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften – geprüft wird, welche essbaren Obst- und Beerengehölze statt Ziersträuchern gepflanzt werden können. In Bauprojekten vorgesehene Gründächer sollten konsequent nicht nur als Moosdächer gestaltet sein, sondern mit einer dem gemeinnützigen Zweck angemessenen Finanzierung gefördert und für die gärtnerische Nutzung ausgebaut werden. Dazugehörige Pflege-, Ernte- und Informationskonzepte sollen (insbesondere in sozialen Brennpunktgebieten) gemeinsam mit den Anwohner*innen erarbeitet werden.
- 5c „Öffentlichen Nährwert“ erhalten:** durch Förderung, Beratung, Koordination. Für urbane Gärten, Kleingärten, essbare grüne Dächer und Hinterhöfe sowie zur Einrichtung/Unterstützung von Gartenarbeitsschulen, Schulgärten und städtischen Landwirt*innen soll kurzfristig ein eigenes Förderprogramm aufgelegt werden. In der Verwaltung müssen für die kompetente und aktive Begleitung des Konzepts „Essbare Stadt“ Kapazitäten geschaffen bzw. vorhandene besser vernetzt werden. Eine Koordinations- und Beratungsstelle „Essbare Stadt Berlin“ kann als zentrale Anlaufstelle für das ehrenamtliche Engagement von Bürger*innen, Gartenberatung und zur Verwaltung von Flächenpools dienen, aber auch bestehende Beratungsinitiativen (z. B. Hofberatung der Grünen Liga, Mundraub, Gemüseackerdemie, Allmende-Kontor) fördern. Einfache und flexible Pflege- und Nutzungsverträge mit Betreiber*innen von urbanen Gärten und Kleingärten müssen den langfristigen Bestand sichern und vor Verdrängung schützen.
- 5d Berlin is(s)t ökologisch:** Auf Flächen innerhalb der Berliner Landesgrenzen soll die ökologisch kontrollierte Bewirtschaftung verpflichtend sein. Dazu gehört, dass Berlin sich zur gentechnikfreien Region erklärt sowie flächendeckend den Einsatz von Glyphosat und bienenschädigenden Pestiziden verbietet. Diese Vorgaben sollen ausdrücklich auch die verpachteten landeseigenen Stadtgüter und Forsten einschließen. Konventionell wirtschaftende Pächter*innen auf landeseigenen Flächen sollen nachdrücklich angeregt werden, auf ökologischen Anbau umzustellen. Spätestens bei einer Neuverpachtung nach Ende der Vertragslaufzeiten soll Ökolandbau das verpflichtende Kriterium sein.



6. EAT, DRINK, THINK! Innovationscampus Ernährungswende für ein zukunftsfähiges Berliner Ernährungssystem!

Wo stehen wir? Die Berliner Ernährungswirtschaft ist bislang kein Aushängeschild der Stadt und wird nicht nennenswert unterstützt, obwohl sie gemessen an der Zahl der Beschäftigten und am Umsatz einen relevanten Beitrag zur Wirtschaftsleistung Berlins erbringt. Die Wirtschafts- und Innovationsförderung des Berliner Senats hat zwar einen starken Fokus auf Technologien und Digitalisierung, der die Ernährungswirtschaft jedoch nicht einschließt. Seit einigen Jahren entwickelt sich eine „neue Ernährungswirtschaft“ in der Stadt, die sich dem Ziel regionaler, gerechter und zukunftsfähiger Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, Gastronomie und Esskultur verpflichtet fühlt. Die Projekte und Unternehmer*innen etablieren dabei häufig soziale, wirtschaftliche und kulinarische Innovationen und entwickeln damit auch zukunftsfähige, gerechtere Wertschöpfungsmodelle. Es existiert bereits eine beachtliche Vielfalt an Projekten und Initiativen mit unterschiedlichem Grad an ökonomischer Orientierung und Professionalität. Diese wären aufgrund ihrer Ausrichtung in hohem Maße unterstützungswürdig, fallen aber durch den bestehenden Förderrahmen, unter anderem, weil im Amt für Statistik nur Unternehmen mit mind. 20 Mitarbeiter*innen geführt werden und kleine Manufakturen der Ernährungswirt-

schaft mit weniger Mitarbeitern damit faktisch von der Förderung ausgeschlossen sind.

Wo wollen wir hin? Innovationen fördern – Stadt und Region nachhaltig entwickeln! In unserer Vision sind ökologisch-regionale Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und -handel in Berlin ebenfalls als zukunftsfähige und förderungswürdige Branche anerkannt und werden gezielt unterstützt. Der zukunftsfähige regionale Ernährungssektor erbringt nicht nur Wirtschaftsleistungen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Ernährungs-sicherung und ökologischer Stadt- und Kiezentwicklung. Dafür gibt es vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten, die Unternehmensgründungen und Innovationsvorhaben in mehr als einer Hinsicht Raum geben. Gemeinsam mit den Berliner und Brandenburger Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten werden Gründer*innen, Startups und bestehende Unternehmen optimal in Richtung eines zukunftsfähigen Ernährungssystems begleitet und unterstützt.

Unsere dringlichsten Forderungen:

6a Fruchtbringende Förderpolitik: Kurzfristig sollen die aktuelle Förderpolitik und ihre verschiedenen Förderinstrumente mit Blick auf die Ernährungswirtschaft besser an die vielfältige Unternehmenslandschaft (Branchen, Größen), die Art der Innovation und die Technologieintensität angepasst werden. Die Förderpolitik muss sich stark an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren und insbesondere Projekte sowie Unternehmen mit kleineren bis mittleren Strukturen fördern. Mittelfristig soll es ein eigenes Förderprogramm für Initiativen, Projekte und Unternehmen geben, die ein zukunftsfähiges, regionales Ernährungssystem voranbringen. Existenzgründungen und Startups, besonders Manufakturen mit unter 20 Mitarbeiter*innen, sollen durch Zugang zu günstigen Krediten und vergünstigte Steuermodelle gefördert werden. Auch bestehende Unternehmen sollen Möglichkeiten haben, an dem Förderprogramm teilzuhaben, sofern sie eine Veränderung mit zukunftsfähiger Ausrichtung anstreben und einen Beitrag zur Transformation des urbanen Ernährungssystems leisten.

6b Innovationscampus für die Ernährungswende: Zur besseren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft soll ein Campus für nachhaltige Esskultur und -wirtschaft gegründet werden, der Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft, Kultur und Soziales verbindet. Dieser übernimmt die Funktion eines Gründer- und Kompetenzzentrums ähnlich dem Beratungszentrum für Kulturförderung und Kreativwirtschaft „Kreativ Kultur Berlin“. Er bietet kostenlose Beratung und darüber hinaus Raum für Experimente, die auch scheitern dürfen, gestützt durch Beratungs- und Coachingangebote: Hier können Küchen, Labors, gläserne Manufakturen und Gärten für Prototyping, Versuche und die Ideenfindung genutzt werden. Bereits aktive Start-Ups und Unternehmen sollen diesen Campus für wissenschaftliche Projekte nutzen, sich Know-how holen, Ansprechpartner*innen aus Wirtschaft und Wissenschaft finden, voneinander lernen und Erfahrungen und Ideen weitergeben.





7 LEUCHTTURM BERLIN: Städtische Gemeinschaftsverpflegung als Vorbild für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem!

Wo stehen wir? Der Stadtstaat Berlin besetzt in der Region eine wichtige Rolle als Absatzmarkt für biologisch und regional angebaute Lebensmittel. Anbauflächen in der wachsenden Stadt sind begrenzt bzw. nur bedingt zur Lebensmittelerzeugung geeignet. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln deutschlandweit nirgends so hoch wie in der Bundeshauptstadt. Die äußerst vitale und ideenreiche Berliner Ernährungs- und Foodszene wird als willkommener Standortfaktor gesehen, ohne dass der besonderen Stellung der Ware Nahrung angemessen Rechnung getragen würde. Die Forderungen aus der Bevölkerung nach einem qualitativ hochwertigeren, ökologisch und regional erzeugten, vielfältigen und gerecht produzierten Lebensmittelangebot werden indes lauter. Die Umstellung von Gemeinschaftseinrichtungen, aber auch von Restaurants, Hotellerie, Gastronomie, Caterern und Tagungsstätten spielt eine bedeutende Rolle. Momentan ist ein Bio-Mindestanteil von 15 Prozent in der öffentlichen Beschaffung vorgeschrieben. Dies wird in Berlin im Bereich der Grundschulverpflegung schon übererfüllt, jedoch fehlt es an der weiteren Umsetzung in weiterführenden Schulen und in allen anderen öffentlichen Einrichtungen. Zudem können 15 Prozent ohnehin nur als bescheidenes Etappenziel betrachtet werden.

Wo wollen wir hin? Als Großabnehmer setzen öffentliche Einrichtungen und Kantinen einen wichtigen Impuls, um Nachfrage und Angebot regional, ökologisch und fair erzeugter Lebensmittel signifikant zu erhöhen: Berlin übernimmt Verantwortung in der Gastronomie in öffentlicher Trägerschaft! Zukunftsfähige Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung ist wirtschaftlich für Küche (Pächter, Caterer), Unternehmen (Träger) und Gäste, trägt auf allen Prozessstufen zur Schonung der Umwelt und zu globaler Gerechtigkeit bei und basiert auf partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Gästen, Mitarbeiter*innen sowie auf stabilen Lieferant*innenbeziehungen. Regionale Biolebensmittel werden bevorzugter Standard einer zukunftsfähigen Beschaffungsstrategie. Berlin ist aktives Mitglied im Netzwerk der „Bio-Städte“!

Unsere dringlichsten Forderungen:

- 7a Ausgangslage der Gemeinschaftsverpflegung feststellen, Vergabep Praxis überprüfen und optimieren!** Für einen umfassenden Überblick über den Status Quo regionaler Bio-Lebensmittel in der gesamten Gemeinschaftsverpflegung soll der Senat kurzfristig eine lückenlose Erhebung in Auftrag geben, die alle Angebote der Gemeinschaftsverpflegung – Kitas, Schulen, Universitäten, Gefängnisse, Pflegeeinrichtungen und städtische Krankenhäuser, Behörden etc. – umfasst. Geprüft werden muss, wie hoch der aktuelle Bio-Anteil tatsächlich ist und wie weit auch kleinere, regionale Anbieter mit in die Versorgung eingebunden sind.
- 7b „Ökoköstlich“:** Regionale Gemeinschaftsverpflegung! An die Bestandsaufnahme anknüpfend sollen Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils an nachhaltig erzeugten Lebensmitteln entwickelt werden. In ihren Green-Public-Procurement-Richtlinien empfiehlt die Europäische Kommission, dass öffentliche Auftraggeber bei Ausschreibungen bzw. in Dienstleistungsverträgen für die Außerhausverpflegung (AHV) einen bestimmten Prozentsatz ökologischer Lebensmittel vorschreiben sollen. Zielmarke für Berlin muss eine stufenweise Umstellung auf 100 Prozent Bio bis 2030 sein. Kleinen und mittleren Unternehmen muss die Beteiligung an Bieterverfahren erleichtert werden (z. B. durch eine Aufteilung des Auftragsvolumens in Teilaufträge). Darüber hinaus müssen Lösungen gesucht werden, wie regionale Lieferanten in den Ausschreibungen für Gemeinschaftsverpflegung besonders berücksichtigt werden können (vgl. auch Kopenhagener Modell und Gemeinwohlregion Vinschgau). Dazu muss Berlin sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das EU-Vergaberecht so interpretiert oder verändert wird, dass die bereits zur Auswahl zulässigen umweltbezogenen und sozialen Kriterien auch die Berücksichtigung von Regionalität (z. B. über die verringerten Transportemissionen und die Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen) ermöglichen. Darüber hinaus soll sichergestellt sein, dass auch gekennzeichnete Umstellungsware in der Vergabe berücksichtigt werden kann, um mehr Anreize für eine Umstellung zu erzeugen.
- 7c Gutes Klima! Bewusster Konsum von Fleisch und Fisch:** Die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung soll dazu beitragen, der Verpflichtung zur Klimaneutralität des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) nachzukommen. Dazu könnten z. B. nach dem Vorbild der Mensa Nord des Studentenwerks Berlin in allen öffentlichen Einrichtungen tägliche Klimateller sowie eine ausreichende Auswahl vegetarischer und veganer Gerichte eingeführt werden. Regionale, vegetarische Gerichte sollen so attraktiv präsentiert und platziert werden, dass sie neben Fleischgerichten nie als zweitrangige Wahl erscheinen (Nudging). Angebotenes Fleisch muss aus tiergerechter, ökologischer Haltung und Fisch aus bestandsschonender Fischerei oder ökologisch zertifizierter Aquakultur stammen.
- 7d Fairtrade Town sorgt für faires Angebot in den Kantinen:** Nicht nur Bezirke, sondern die ganze Stadt Berlin soll Fairtrade Town werden. Konventionelle Importprodukte (z. B. Kaffee, Tee, Kakao, Reis, Schokolade, Südfrüchte) in der Gemeinschaftsverpflegung öffentlicher Einrichtungen sollen nach und nach zu 100 Prozent durch fair gehandelte Produkte ersetzt werden.
- 7e Zukunftsfähigkeit kostet Geld! Förderung und Beratung:** Der erhöhte Einsatz ökologischer Erzeugnisse in der Außerhausverpflegung (AHV) wird Umstrukturierungsprozesse erfordern. Da die Umstellung auf regionale, ökologische und faire Produkte für die Anbieter nicht kostenneutral zu handhaben ist, muss die finanzielle Ausstattung der AHV durch die öffentliche Hand deutlich verstärkt werden. In Pachtverträgen müssen realistische Preisspannen festgelegt werden, die eine nachhaltige und faire Beschaffungspraxis von Lebensmitteln ermöglichen. Auch die Beratung von AHV-Einrichtungen soll finanziell unterstützt werden. Zudem müssen einheitliche Kriterien für die gesamte öffentliche Gemeinschaftsverpflegung im Rahmen der Verpachtung entwickelt werden. Den zuständigen Verwaltungsmitarbeiter*innen wird ein Umwelt- und Sozialleitfaden an die Hand gegeben, der sie genau über die sozialen und ökologischen (Vergabe-)Kriterien für Produkte und Dienstleistungen informiert.



@ GCO

8. BILDUNG FÜR KOPF UND BAUCH: Ernährungspraktisches Lernen für alle vom Acker bis zum Teller!

Wo stehen wir? Die Zeiten, in denen das Gärtnern in Haus- und Schulgärten, hauswirtschaftlicher Unterricht sowie gemeinsames Kochen und Essen in Schulküche und -restaurant allgemeiner Bildungsstandard für die Mehrzahl aller Schüler*innen und Azubis waren, sind vorbei. Heute werden in Kitas und Schulen zunehmend die Fertig-Produkte kleinerer Bringdienste oder großer Caterer konsumiert. Wenige Schulen haben noch eigene Schulgärten und Küchen oder auch nur zeitweisen Zugang zu solchen. Der aktuelle Rahmenlehrplan für Berliner Schulen (Klasse 1-10) sieht zwar mehr Verbraucher- und ausdrücklich auch Ernährungsbildung für Schüler*innen vor. Zudem gibt es in Berlin eine ganze Reihe öffentlicher oder gemeinnütziger Garten- und Kochinitiativen, die punktuell ausgezeichnete Bildungsarbeit leisten. Doch längst nicht jedes einzelne Kind hat im gegenwärtigen System garantierte Chancen, eigene praktische Erfahrungen mit Saat, Anbau und Ernte, Qualitätskriterien beim Lebensmitteleinkauf, Essenszubereitung und gemeinschaftlichem Speisen zu machen. Kostenloses, qualitätvolles Kita- und Schulessen für alle (wie in Schweden und seit neuestem in New York), dass gerade in Zeiten wachsender Kinderarmut eine der beschämendsten Gerechtigkeitslücken im Ernährungssystem der Stadt schließen könnte, fehlt ebenfalls.

Wo wollen wir hin? Das zukünftige Ernährungssystem Berlins stützt sich auf engagierte Bürger*innen jeden Alters, für die Lebensmittel von klein auf mehr sind als eine x-beliebige Handelsware. Kinder, Schüler*innen, Student*innen, Azubis und Erwachsene werden durch systematische Aus- und Weiterbildung fit gemacht, Akteur*innen des nötigen Wandels zu sein und seinen Fortgang aktiv und kritisch zu begleiten. Ihnen wird durch geeignete Rahmenpläne und durch die Verfügbarkeit eigener Schulküchen und -gärten oder alternativ durch die systematische Nutzung externer Angebote (urbane Gemeinschaftsgärten, Gartenarbeitsschulen u.v.a.m.) eine einschlägige Infrastruktur für ihre praktische und theoretische Ernährungsbildung garantiert. Kostenloses Essen und vorwiegend regionale Biokost sind in allen Berliner Einrichtungen von Kita über Schulen bis zur Berufsbildung hin Standard.

Unsere dringlichsten Forderungen:

8a So jung kommen wir nicht wieder

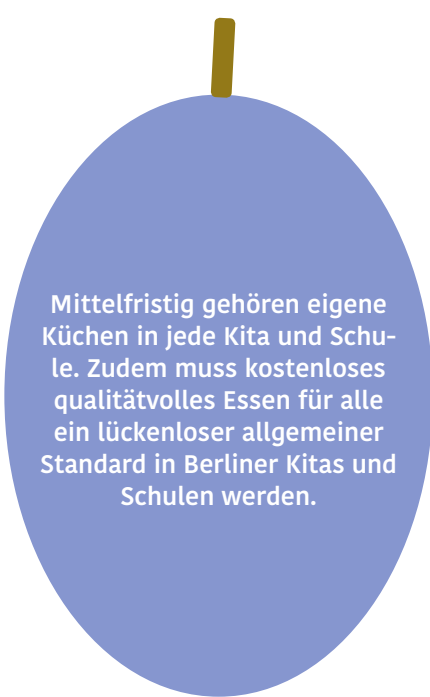
zusammen: Um der essentiellen Bedeutung, die zukunftsfähige Ernährungsbildung für viele Lebensbereiche hat, gerecht zu werden, sollen die Rahmenlehrpläne gemeinsam mit den Schulen so überarbeitet werden, dass Ernährung als komplexes Querschnittsthema mit essentieller Bedeutung widergespiegelt wird. Lehrer*innen und Erzieher*innen sollen gezielt dabei unterstützt werden, Ernährungsthemen im gesamten Fächerkanon aufzugreifen und dabei fächerübergreifendes Lernen zu fördern. Mittelfristig gehören daher eigene Küchen in jede Kita und Schule. Zudem muss kostenloses qualitativolles Essen für alle ein lückenloser allgemeiner Standard in Berliner Kitas und Schulen werden. Kurzfristig können als Ergänzung zum Catering (möglichst 100 Prozent regional und bio, vgl. Punkt 7) relativ unbürokratisch und mit einfachen Mitteln kalte Küchen umgesetzt werden. Teil des Bildungsauftrags muss auch die Praxis der ökologischen Lebensmittel-Erzeugung und -verarbeitung sein. Dies kann in Schul- und Kitagärten und an außerschulischen Lernorten wie urbanen Gemeinschaftsgärten, Gartenarbeitsschulen, Kinderbauernhöfen, Kochschulen und partnerschaftlichen Kooperationsbetrieben stattfinden. Bildungsträger müssen bei der Bereitstellung und Pflege solcher Lernorte und konkreter Unterrichtsideen finanziell und professionell unterstützt werden (z. B. Garten- und Küchenmentor*innen).

8b Lebenslanges Lernen für Erwachsene:

Erwachsene sind Vorbilder für Kinder – auch sie brauchen Wissen und Fähigkeiten, um engagierte Akteur*innen eines zukunftsfähigen Ernährungssystems zu sein. Informationen zu Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit im Ernährungssystem sowie Fortbildungsmöglichkeiten rund ums (ökologische) Gärtnern, Haushalten, Kochen oder Haltbarmachen müssen gefördert und ausgebaut werden. Dazu gehören auch Angebote für generationenübergreifendes Lernen und kulturellen Austausch. Bildungsträger, die solche Aufgaben bereits übernehmen, müssen besser unterstützt werden. Zudem sollen die LebensmittelPunkte in jedem Bezirk als Orte des lebenslangen Lernens dienen (vgl. Punkt 3).

8c Zukunftsfähige Ernährung braucht passendes Personal:

Kitas, Schulen und außerschulische Lernorte brauchen modern ausgebildetes, professionell umfassend auf die Anforderungen zukunftsfähiger Nahrungsversorgung vorbereitetes Personal mit fester Anstellung (z. B. Ökotropholog*innen, Ernährungsberater*innen, Gärtner*innen, Hauswirtschaftler*innen, Küchen-Chef*innen). Hierfür soll ein langfristiges Konzept mit einer kurzfristig bereitgestellten Anschubfinanzierung entwickelt werden. Für bestehende Großküchen sollen spezifische Rezeptvorschläge und daran gekoppelte Beratungs-, Begleit- und Weiterbildungsangebote zu Nachhaltigkeit, Umstellung auf Bio, interkulturelles Kochen, Lagerung, Verarbeitung, Verwertung) entwickelt werden (z. B. nach Kopenhagener oder Stockholmer Vorbild). Kochkursangebote für Kantinenküchenchef*innen sollen neue Ideen mit den Erfahrungen und Bedürfnissen aller am Prozess Beteiligten verknüpfen.



Mittelfristig gehören eigene Küchen in jede Kita und Schule. Zudem muss kostenloses qualitativolles Essen für alle ein lückenloser allgemeiner Standard in Berliner Kitas und Schulen werden.



@ unsplash.com. patrick fore

9. BESSER ABSCHMECKEN: Koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bezirken, Senat und Umland gemeinsam mit den Bürger*innen!

Wo stehen wir? In Berlin ist in den letzten Jahren eine sehr lebendige und vielfältige Ernährungsbewegung entstanden, deren Akteur*innen das Ziel eint, den zukunftsfähigen Wandel des Berliner Ernährungssystems auf den Weg zu bringen. Dies füllt nicht zuletzt das Vakuum, das Politik und Verwaltung hier über Jahrzehnte haben entstehen lassen: Der Wille, Ernährungspolitik für die Stadt zur Chefsache werden zu lassen, war lange nicht erkennbar, ebenso wenig wie die dazu nötige Zusammenarbeit dafür wichtiger Ressorts der Senatsverwaltung, oder die zwischen Landes- und Bezirksebene und mit Brandenburg. Eine systematische Strategieentwicklung für ein zukunftsfähiges, gerechtes Ernährungssystem für die Stadt fand deshalb bisher nicht statt. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass bisher auch keine systematischen Anstrengungen existieren, Bürger*innen in einem offenen und demokratischen Partizipationsprozess an der Ausgestaltung des regionalen Ernährungssystems zu beteiligen.

Wo wollen wir hin? In unserer Vision von Ernährungsdemokratie steht die Politik fest an der Seite der Zivilgesellschaft und sorgt dafür, dass die Bestimmungsmacht über die Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Ernährungssystems wieder zuerst in den Händen der Bürger*innen liegt. Die Ernährungspolitik der Stadt funktioniert als abgestimmtes Gemeinschaftswerk einer ganzen Reihe von Ressorts, darunter Stadtentwicklung, Umwelt, Bildung, Justiz, Finanzen und Wirtschaft unter der Federführung einer eigenen Ernährungsabteilung. Letztere ist auch die Koordinationsstelle zwischen Senat und Bezirksebene sowie Schnittstelle zu Bürger*innen und betreibt federführend die strategische Transformation des bestehenden Berliner Ernährungssystems.

Unsere dringlichsten Forderungen:

9a Urbane Ernährung relokalisieren: Ressortübergreifende Senatspolitik für die zukunftsfähige Nahversorgung Berlins. Eine zentrale Abteilung soll federführend die Zusammenarbeit verschiedener Fachressorts koordinieren, die zur Umsetzung ernährungspolitischer Grundsatzentscheidungen beitragen. Sie ist dafür umfassend mit entsprechenden Kompetenzen sowie personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten, soll innerhalb der Verwaltung und in enger Abstimmung mit dem Wertschöpfungskreislaufmanagement (siehe Punkt 9b) arbeiten und die Umsetzung der Berliner Ernährungsstrategie auf Landesebene verantworten. Darüber hinaus findet die enge Vernetzung mit allen Bezirken statt, die die Strategie im Rahmen ihres Aufgabenspektrums mit voranbringen.

9b Das große Ganze im Blick: Wertschöpfungskreislaufmanager*innen als zentrale Netzwerker*innen: Als Ansprechpartner*in für unterschiedlichste Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung sollen Wertschöpfungskreislaufmanager*innen zur Stärkung und Koordination der zukunftsfähigen regionalen Wertschöpfung in der Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg eingesetzt werden. Sie haben dabei auch gezielt kleinbäuerliche regionale Erzeuger*innen und Verarbeiter*innen im Blick, die für Menschen in der Region, nicht für ferne Märkte produzieren. Als zentrale Stelle bündeln sie Informationen, koordinieren ressortübergreifende Aktivitäten und etablieren Austauschformate und partizipative Räume für Akteur*innen im gesamten Wertschöpfungskreislauf. Dies geschieht mit dem Ziel der Entwicklung von fairen, regionalen, zukunftsfähigen Wertschöpfungskreisläufen und „fruchtbringenden“ Land-Stadt-Beziehungen. Eine erste Aufgabe der Wertschöpfungskreislauf-Manager*innen ist die Erfassung von Verbrauchs- und Nachfragedaten in Berlin (was wird in Berlin konsumiert und wo kommt es her – getrennt nach Bio und konventionell). Darüber hinaus sind die Wertschöpfungskreislaufmanager*innen auch für die transparente Verwaltung der Flächenpools zuständig und koordinieren Fördermittel für Ernährungsinitiativen.

9c Ernährungsdemokratie wahr machen: Ein demokratisch bestimmtes Ernährungssystem ist ohne ein erhebliches Maß an Transparenz und Mitbestimmung undenkbar. Das betrifft die Sachebene (wer bestimmt, was, wie viel, woher und wie produziert auf meinen Teller kommt?), aber vor allem auch die strukturell politische Ebene. Das heißt, für die Entwicklung einer zukunftsweisenden Berliner Ernährungsstrategie müssen geeignete Foren geschaffen werden, die zivilgesellschaftliche und fachliche relevante Akteur*innen auf allen Ebenen aktiv einbinden. Zur Bürger*innen-Beteiligung sowie zur öffentlichen Resonanz und Bewertung aller Entwicklungsphasen müssen bewährte Methoden gefunden und herangezogen werden. Die umfassende und ergebnisoffene Einbindung der Zivilgesellschaft muss erkennbar gewollt sein und konsequent verwirklicht werden (z. B. nach dem Vorbild der „Bürgerräte“ im österreichischen Vorarlberg). Die Strategie soll allgemein zugänglich dokumentiert werden und über regelmäßige, interaktiv angelegte Fortschrittsberichte für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden.



Für die Koordination des Arbeitsprozesses zur Entstehung des Forderungskatalogs bedanken wir uns für Unterstützung beim INKOTA-netzwerk mit Förderung durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken.



Für Layout und Druck bedanken wir uns für Unterstützung beim Institut für Welternährung und die Förderung durch das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Für den Inhalt der Publikation ist allein der Ernährungsrat Berlin verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Fördermittelgeber angesehen werden.

Impressum

Herausgeber: Ernährungsrat Berlin
www.ernaehrungsrat-berlin.de
kontakt@ernaehrungsrat-berlin.de

Druck: Printzipia, www.printzipia.de
Gestaltung: Uta Tietze, www.c-co.de



Der Ernährungsrat Berlin ist der zivilgesellschaftliche Zusammenschluss von ernährungspolitisch engagierten Bürger*innen, die sich für die ökologisch nachhaltige, sozial gerechte Nahrungsproduktion und -verteilung im Raum Berlin einsetzen. Wir verstehen uns als ein Bündnis, das als unabhängige Interessenvertretung zivilgesellschaftliche Positionen und Forderungen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem öffentlich vertritt und ihnen zu politischer Geltung verhelfen will.

www.ernaehrungsrat-berlin.de

kontakt@ernaehrungsrat-berlin.de